

## Einer Stadt geht der Strom aus

Welt, 13.04.2024, Daniel Wetzel

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus251005240/Der-Fall-Oranienburg-Einer-Stadt-geht-der-Strom-aus.html?sc\\_src=email\\_5783205&sc\\_lid=577431041&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=2145&sc\\_cid=5783205&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.5783205&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus251005240/Der-Fall-Oranienburg-Einer-Stadt-geht-der-Strom-aus.html?sc_src=email_5783205&sc_lid=577431041&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2145&sc_cid=5783205&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.5783205&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Oranienburg kann keine Neubauten, Wärmepumpen, Wallboxen oder Gewerbeanlagen mehr ans Stromnetz anschließen. „Der ersten Stadt geht der Strom aus“, heißt es in sozialen Medien. Ein Vorbote für das, was bald vielerorts droht – oder nur ein einzelner Fall von Missmanagement?

Bei den Stadtwerken der 42.000-Einwohnerstadt Oranienburg bei Berlin gehen derzeit viele Anfragen besorgter Bürger ein, die von Ärger, Angst oder Unglauben zeugen. Zum Beispiel: „Bekomme ich weiter Strom von Ihnen?“ Oder: „Muss ich zu einem anderen Versorger wechseln, der noch Strom hat?“

„Ja, Sie bekommen auch in Zukunft Ihren Strom“, beruhigen die Stadtwerke auf ihrer Website. Auch wechseln müsse man nicht. Doch für manch andere Anfrage hat das Unternehmen auch sehr schlechte Nachrichten parat, die man aus der deutschen Versorgerszene so bislang noch nicht kannte.

„Ich baue gerade ein Haus und habe noch keinen Anschluss beantragt. Bekomme ich noch einen Netzanschluss?“, fragte ein besorgter Oranienburger etwa: „Nein“, lautet hier die Antwort der Stadtwerke: „Wir können Ihnen bis auf Weiteres keinen neuen Strom-Hausanschluss anbieten.“

Und die bestellte Wärmepumpe? Für so große Verbraucher sei kein Strom mehr da, heißt es implizit in der Antwort der Stadtwerke in einem anderen Fall: „Haben Sie noch keinen Antrag zur Leistungserhöhung gestellt und benötigen mehr Leistung? Wir können Ihnen bis auf Weiteres keine Leistungserhöhung anbieten.“

„Der ersten Stadt geht der Strom aus“, kommentieren Beobachter der Lage in den sozialen Medien. Dort wird spekuliert, dass der Fall Oranienburg nur einen Vorgeschmack gibt auf das, was noch in vielen Kommunen droht, wenn im Zuge der Energiewende weiter verlässliche Kraftwerke abgeschaltet werden, während zugleich der Ausbau der Stromnetze mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und großer Stromverbraucher wie Wärmepumpen nicht schritthalten kann. Ist da etwas dran?

Grundsätzlich herrscht in der Region kein Strommangel. Die ostdeutschen Bundesländer haben als „Regelzone“ im vergangenen Jahr 94 Terawattstunden Elektrizität verbraucht, aber rund 120 Terawattstunden erzeugt, teilt der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz mit. Man exportiert also sogar.

Die Stadtwerke Oranienburg schieben die Verantwortung für die aktuellen Kalamitäten denn auch auf den Regionalnetzbetreiber E.dis, der zu zwei Dritteln dem E.on-Konzern und zu einem Drittel kommunalen Anteilseignern gehört. Bereits vor über einem Jahr habe man bei der E.dis zusätzliche Kapazitäten im nahegelegenen Umspannwerk angefordert, doch es kam nichts.

„Die Stadtwerke Oranienburg GmbH haben am Montag die Bundesnetzagentur darüber informiert, dass im vorgelagerten Hochspannungsnetz keine ausreichende Leistung für die wachsende Stadt Oranienburg zur Verfügung gestellt werden kann“, erklärte Peter Grabowsky, Geschäftsführer der Stadtwerke. „Damit sind die Versorgungsmöglichkeiten in der Stadt Oranienburg ausgeschöpft.“

Die Folgen der Versorgungslücke sind gravierend: „Um das Stromnetz in Oranienburg weiter stabil zu halten, können die Stadtwerke ab sofort keine Neuanmeldungen oder Leistungserhöhungen von Hausanschlüssen mehr genehmigen“, teilen die Stadtwerke mit. Dies betreffe nicht nur den Anschluss von Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur: „Auch neue Gewerbe- und Industrieflächen können derzeit nicht an das Netz angeschlossen und mit Strom beliefert werden.“

Zum erhöhten Strombedarf habe unter anderem das starke wirtschaftliche Wachstum, der Zuzug von Neubürgern nach Oranienburg sowie der verstärkte Einbau von Wärmepumpen geführt, stellt Bürgermeister Alexander Laesicke fest: „Der Strombedarf unserer wachsenden Stadt hat sich enorm entwickelt, schneller, als es in der Vergangenheit vorausgesehen wurde.“

Häuslebauern, Investoren, Wallbox-Käufern droht nun eine lange Durststrecke. Der Bau eines neuen Umspannwerks, das mehr Strombezug ermöglicht, ist zwar beschlossen, doch soll die Anlage erst Ende 2026 in Betrieb gehen. „Wir müssen jetzt schnellstmöglich Mittel und Wege finden, den Missstand zu beseitigen“, warnt der Bürgermeister: „Für die Kernstadt von Oranienburg und Sachsenhausen würde es sonst bedeuten, dass wir in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht mehr bauen können.“

Ob Oranienburg der Vorbote einer unheilvollen Entwicklung auch in anderen Kommunen ist, lässt sich nicht leicht beurteilen. Einerseits scheint es hier konkrete Versäumnisse in der Netzplanung zu geben. „Netzbetreiber haben ihr Netz vorausschauend zu ertüchtigen, um grundsätzlich Problemen mit mangelnder Kapazität vorzubeugen“, teilt die Bundesnetzagentur als Strommarkt-Aufsicht auf WELT-Anfrage mit: „Teil der Sachverhaltsaufklärung wird daher auch sein, warum dies in vorliegendem Fall anscheinend nicht geschehen ist.“

Das klingt so, als handele es sich um einen singulären Fall von Missmanagement, nicht um ein strukturelles Problem. Allerdings ist die Netzplanung auch kein leichtes Geschäft mehr, Planungsfehler können leichter passieren als früher.

Denn millionenfach wurden und werden weiterhin dezentrale Anlagen wie Solar- und Windkraftanlagen und Batteriespeicher ins Netz integriert. Technische Netzanlagen wie Trafos sind am Markt nur noch mit langen, zum Teil jahrelangen Wartezeiten zu bekommen. Das früher behäbige Geschäft mit dem Netzausbau ist durch die Energiewende rasant geworden, während Markt und Regulierungsbehörden oft weiterhin nur langsam reagieren. Insofern wäre es auch nicht verwunderlich, wenn ein Einzelfall wie Oranienburg nicht lange einer bliebe.

Beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ist man optimistisch, dass es sich nur um einen Einzelfall handelt: „Der Gesetzgeber hat die Planungsinstrumente für Verteilnetzbetreiber gerade erst nachgeschärft, dadurch dürften sich Prognosefehler in Zukunft leichter vermeiden lassen“, sagt ein VKU-Sprecher. „Gleichwohl bleibt bei

disruptiven Entwicklungen und explosionsartigen Wachstumsprozessen natürlich immer Unsicherheiten, die sich trotz aller Anstrengungen nie ganz ausschließen lassen.“

Doch die Sorge, dass die vielen grünen Kilowattstunden die Infrastruktur überfordern, wurde zuletzt häufiger geäußert, seitdem eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey darauf hingewiesen hatte, dass in den kommenden Jahren eine mittlere dreistellige Milliardensumme in den Ausbau der Verteilnetze investiert werden muss. Auf der Energieklausur der Unternehmervereinigung „Wirtschaftsrat der CDU“ äußerten Top-Manager der Energiebranche vergangene Woche offen Zweifel daran, dass der aktuell rasante Ausbau der Solarkraft auf 215 Gigawatt bis 2030 überhaupt sinnvoll sei– denn dies entspricht einer Leistung von 215 Großkraftwerken. Auch hatte zuvor bereits der Vorstandsvorsitzende des größten deutschen Stromproduzenten RWE, Markus Krebber, angemahnt, mit dem Zubau der Erneuerbaren Energien auf das Vorhandensein von Netz-Infrastruktur zu warten. „Damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, müssen Netzausbau und Erneuerbaren-Ausbau viel stärker synchronisiert werden“, mahnte Krebber bei der Bilanzvorlage Mitte März.

Hinzu kommt: Für Stadtwerke können Planungsfehler jetzt teuer werden. Denn sie unterliegen inzwischen einer gesetzlichen Pflicht, Wärmepumpen, Solardächer oder Wallboxen anzuschließen. Können sie dem nicht Folge leisten, steht die Frage ziviler Schadenersatz-Forderungen im Raum.

#### *Es gibt ein Recht auf Stromanschluss*

„Grundsätzlich besteht für Netzbetreiber die allgemeine Pflicht, Anschlussbegehrende an ihr Netz anzuschließen“, teilte die BNetzA zum Fall Oranienburg mit: „Dies gilt auch für steuerbare Verbraucher wie Wärmepumpen oder Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge.“

Nach der jüngst eingeführten Vorschrift im Energiewirtschaftsgesetz, Paragraph 14a, „darf der Verteilernetzbetreiber den Anschluss steuerbarer Verbraucher nicht mit dem Verweis auf mangelnde Kapazität im Netz ablehnen oder verzögern, da diese zur Teilnahme an der netzorientierten Steuerung verpflichtet sind.“

In dieser neuen Vorschrift kommt ein „Deal“ der Bundesregierung mit den Netzbetreibern zum Ausdruck, der sich nun als einseitige Benachteiligung erweist: Die Netzbetreiber dürfen zwar das Laden von E-Autos verzögern oder Wärmepumpen aus der Ferne herunterdimmen, wenn die Netzstabilität in Gefahr ist. Als Gegenleistung dürfen sie aber keinen Anschluss von Wallboxen für E-Autos oder Wärmepumpen mehr verweigern. Jetzt scheint sich zu erweisen, dass die Stadtwerke damit einen schlechten Deal eingegangen sind: Denn analog zum berühmten „Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz“ schrieb die Regierung offenbar eine in der Realität unerfüllbare Anforderung ins Gesetz. Die Leistungserbringer müssen sehen, wo sie bleiben.

Vor diesem Hintergrund dürfte der neueste Vorschlag der Ökostrom-Lobby zum Netzausbau womöglich noch für Diskussionen sorgen. Der Bundesverband erneuerbare Energien (BEE) regt an, Umspannwerke, Stromnetze, Schaltanlagen und Trafos in Zukunft stärker zu nutzen, als bisher erlaubt. Es müsse ermöglicht

werden, die maximale Kapazität eines Netzknotenpunktes zu überschreiten, fordert der BEE.

Hintergrund: Bislang muss jede Anlage im Stromnetz zu jedem Zeitpunkt 100 Prozent ihrer Leistung einspeisen können. Doch da die Energieproduktion von Fotovoltaik- und Windenergieanlagen schwankt, speisen diese meistens nicht zeitgleich mit ihrer vollen Leistung ein, womit die volle Kapazität des Netzanschlusspunktes (NVP) nur selten wirklich genutzt werde, argumentiert BEE-Chefin Simone Peter. Es müsse deshalb möglich sein, die Kapazitätsgrenze zu „überbauen“, um noch mehr Wind- und Solaranlagen zügig anschließen zu können.

„Dabei wird mehr Leistung angeschlossen, als der NVP eigentlich transportieren kann“, erläutert Peter und verweist auf Berechnungen des Fraunhofer Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE): „Die Auslastung der einzelnen Punkte lässt sich damit teilweise um ein Vielfaches steigern.“

Es genügen „minimale Anpassungen zweier Paragraphen im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die den Netzanschluss maximal beschleunigen und Einsparpotenziale in Milliardenhöhe freilegen könnten.“ Die Stadtwerke-Organisation VKU unterstützt den Vorschlag der Ökostrom-Lobby zwar als sinnvoll. Doch sollten Versorgungsprobleme wie im Fall Oranienburg künftig öfter auftreten, könnte die planmäßige Überschreitung von Leistungsgrenzen den Stadtwerken als lokalen Netzbetreibern noch böse auf die Füße fallen.